

# Kosovopoker

## Aufgeschoben ...

Unter der massiven Kriegsdrohung der NATO hat Milošević klein beigegeben und doch zugleich das (aus seiner Sicht) Schlimmste vorerst abgewendet: Der Kosovo wird kein unmittelbares NATO-Protectorat. Mittelbar ist er das faktisch schon längst, und das hat der Serbenchef nun offiziell anerkannt. Unmittelbarer Verlierer dieser machtpolitischen Pokerrunde auf dem Balkan ist wohl vor allem die um die Unabhängigkeit des Kosovo von Serbien kämpfende UÇK. Jedoch sind es weder der Präsident Jugoslawiens noch gar die UÇK, in deren Händen eine solche Initiative des Handelns gelegen hat und liegt, die das Geschehen in der Region in den Brennpunkt der Weltpolitik rückt. Die anhaltenden humanitären Notlagen, die beispielsweise seit einiger Zeit im Kongo produziert werden, stellen wahrscheinlich alles in den Schatten, was der Kosovo in dieser Hinsicht zu bieten hat, aber weder Kabila, noch seine Kontrahenten standen in der Diskussion, zum neuen weltweiten Bösewicht Nr. 1 gekürt zu werden, gegen den die gesamte Feuerkraft der höheren westlichen Werte zu konzentrieren sei.

Noch im Juni dieses Jahres hat es freilich ganz anders ausgesehen, als es nun gekommen ist. Bis dahin war es, ganz anders als seinerzeit gegen Iraks Saddam, vor allem die *deutsche* Außen- und Militärpolitik in Gestalt von Kinkel und Rühe gewesen, die für den Kosovo unmittelbaren militärischen Handlungsbedarf ausgemacht hatte und entsprechenden Dampf in der internationalen Diplomatie sowie vor allem in der medialen deutschen Öffentlichkeit erzeugte. Die Wahlen waren noch eine kleine Weile hin und die Handlungsfähigkeit der deutschen Exekutive noch nicht völlig davon aufgesogen. Dem deutschen Drang, die eigene militärische Schlagkraft endlich einmal an einem Ernstfall praktisch zu erproben und dem Rest der Welt vorzuführen, stand damals vor allem im Wege, daß das Kriegsziel einer eventuellen Intervention der NATO von Deutschen und Amerikanern höchst gegensätzlich definiert wurde. Wollten die USA vor allem, ähnlich wie 1991 am Golf, sich selbst als die Garantiemacht der bestehenden staatlichen Ordnung auf dem Balkan in Erinnerung bringen, suchten und suchten dagegen die Deutschen nach Wegen, eine solche Macht, von deren Gnaden alle anderen, regionalen Mächte abhängen, erst noch zu werden. Ihr Interesse richtet sich daher eher nicht auf die Bestätigung, als vielmehr eine deutliche Veränderung der gegebenen Besitzstände.

Während daher die hiesigen Massenmedien uniform den Eindruck zu erwecken suchten, als sei man sich in der NATO über Sinn und Zweck eines militärischen Eingriffs in den Konflikt im Grundsatz einig und bereits dabei, die Details zu abzusprechen, machten hinter dieser Kulisse sich die Amerikaner daran, die von den Deutschen ins Spiel gebrachte Option eines NATO-Einsatzes auszumanövrieren, indem sie sie in ihr Gegenteil verkehrten. Nicht gegen die Sondereinheiten der serbischen Polizei im Kosovo sollte danach die NATO vorgehen, sondern gegen den grenzüberschreitenden Waffenschmuggel der albanischen Separatisten. Für solche „symbolischen Einsätze“, hieß es dazu aus Bonn, „die in ihrer Wirkung darauf hinauslaufen, das serbische Unterdrückungssystem gegen die Kosovo-Albaner zu unterstützen“, sei die

deutsche Bundeswehr nicht zu haben.<sup>1</sup> Der Schwachpunkt der Position dieser militanten Menschenfreunde in Europas Mitte scheint aber gerade darin bestanden zu haben, daß sie das unmittelbare Kriegsziel ihrerseits positiv kaum definieren konnten, denn das Ziel, das sie mit diesem selbstverfertigten Ernstfall für eine Mobilmachung ihrer Kriegsmaschine verfolgen, ist seinerseits ein höchst mittelbares. Es gilt, den Kriegsherd Balkan am Glühen zu halten und sich selbst, den Euro und EU in der Hinterhand, als auch eigenständig kriegsfähige Großmacht, endlich in die Vorhand zu bringen. Ihr geheimes Motto ist daher: Bringen wir erst einmal die Maschine ins Rollen, dann sehen wir schon weiter.

War die Taktik der USA dagegen zunächst einmal die, die Dinge zu verschleppen (Rühe Anfang Juni in einem Gespräch mit der FAZ: „Es ist heuchlerisch, öffentlich militärisches Vorgehen im Kosovo zu fordern und hinter verschlossenen Türen in den NATO-Gremien zu verhindern, daß die dafür notwendigen Planungen vorgenommen werden dürfen.“<sup>2</sup>), begann die amerikanische Diplomatie genau in dem Moment aufzudrehen, als Wahlen und Wahlergebnis in Deutschland alle politische Aufmerksamkeit absorbierte. Im Ergebnis hat sich das Bild vom Frühjahr und Frühsommer inzwischen auf den Kopf gestellt. Jetzt erscheinen die Amerikaner als die im Interesse der Menschenrechte zu allem entschlossenen Scharfmacher, und der deutsche Michel gibt einmal mehr die verschlafene Nachhut, die man zum Jagen tragen muß.<sup>3</sup> Die Zeit dazwischen hat Milosevic gereicht, den bewaffneten albanischen Separatismus soweit zurückzudrängen, daß er nun auf die ultimativ mit großer martialischer Geste und enormem medialen Aufwand vorgetragenen Forderungen der NATO eingehen konnte, ohne um den Bestand seines Regimes fürchten zu müssen.

Zumindest unserem Kinkel Klaus muß derartiges schon länger böse geschwam haben. Nachdem er selbst das Feuer der UÇK angeheizt hatte, indem er eine internationale militärische Lösung des Kosovo-Konflikts auf die Agenda von UNO und NATO gesetzt hatte, mußte er bald zusehen, wie die amerikanische Diplomatie seinen Vorstoß in den internationalen Gremien ausbremste und im Konfliktgebiet selbst zugleich energisch das Heft in die eigene Hand nahm. Ihr kategorisches Nein zu einer eventuellen staatlichen Loslösung

<sup>1</sup> Hier zitiert nach dem sehr lesenswerten Artikel von Thomas Becker: „Waffen lügen nicht“ aus den *BAHAMAS* 26/1998. Diese höchst aufschlußreiche Analyse des internationalen Tauziehens in der Kosovo-Frage steht leider nicht nur ziemlich einzig da unter den linksradikalen Publikationen zum Thema, sondern hat dort auch, soweit ich sehen kann, keinerlei Beachtung gefunden, weder zustimmende noch zurückweisende – obwohl oder vielleicht eher weil danach die allermeisten einschlägigen Äußerungen auch aus dem internationalen Lager gründlich umgeschrieben werden mußten.

<sup>2</sup> ebenda.

<sup>3</sup> Wie die *Jungle World* (14.10.98) berichtet, hat der designierte Außenminister Fischer, in Begleitung des designierten Kanzlers US-Präsident Clinton kürzlich seine Aufwartung machend, die Amerikaner gebeten, Verständnis zu zeigen, daß „in dieser Übergangssituation unsere Möglichkeiten, tätig zu werden, sehr beschränkt sind“. Weiter heißt es in der JW: „Das verstand man selbstverständlich sehr gut; ... Und was Fischers ‚transition phase‘ betrifft: Während der ersten Angriffswelle, so gab man im Weißen Haus zu verstehen, sei man ohnehin nicht auf deutsche Truppen oder Kampfflugzeuge angewiesen.“

des Kosovo von Serbien verband sie nun mit einer politischen Aufwertung gerade derjenigen Kräfte unter den Kosovo-Albanern, die es unter dieser Trennung von Serbien erklärtermaßen nicht mehr machen wollen. Überrascht und entsprechend pikiert mußten die Europäer zusehen, wie im Juni Amerikas Sondervermittler Holbrooke sich mit Vertretern derselben UÇK traf, die wenige Monate zuvor von den USA noch ganz offiziell als nicht verhandlungsfähige Bande von „Terroristen“ eingestuft worden war. Damit hatten die Amerikaner genau den Part des Dramas nun auch für sich besetzt, den zu spielen, eigentlich insbesondere die Deutschen sich ausgeguckt hatten: dem radikalen albanischen Separatismus den verständnisvollen Anwalt auf dem Parkett der großen Diplomatie zu machen und das eigenen Gewicht dort damit zu erhöhen, daß man einen mäßigenden Einfluß auf diese unmittelbare Konfliktpartei ausübe. Man hatte sie schließlich nicht umsonst selbst großgezogen und systematisch mit Waffen versorgt (kaum möglich, daß Ex-BND-Chef Kinkel beispielsweise nichts gewußt hat von den über den MAD abgewickelten Waffenlieferungen an den albanischen Unterg rund).

Das riskante Vabanquespiel der UÇK um Alles oder Nichts drohte aber unter der amerikanischen Schirmherrschaft, die unzweideutig signalisiert hatte, daß sie für Alles nun einmal nicht zu haben ist – weder jetzt noch irgendwann später –, gefährlich unter die Räder zu geraten, ohne noch den Profit abzuwerfen, den man sich deutscherseits davon versprochen hat. Wie eine besorgte Mahnung an das ungeduldige eigene Ziehkind klingt vor diesem Hintergrund heute, was Kinkel seinerzeit in einem Interview mit dem Deutschlandfunk sagte: „Innerhalb von bestehenden Grenzen jetzt zu Veränderungen hin zu tendieren, würde eine Bereitschaft der Beteiligten voraussetzen. Und die ist nicht vorhanden. Insofern hat es keinen Sinn, einer Erwartung anzuhängen, die im Augenblick keinerlei Chancen auf Verwirklichung hat.“<sup>4</sup>

### ... aber nicht aufgehoben

Der maßgebliche Gegensatz, der da derzeit auf dem Kosovo ausgetragen wird, ist weder der zwischen serbischem und albanischem Nationalismus, noch etwa der zwischen einem westlichen Bündnis für Demokratie und Kapitalismus einerseits und einem dagegen aufmuckenden östlichen Despoten andererseits. Die Diskriminierung der Kosovo-Albaner durch den Chauvinismus des serbischen Staates ist eine ebenso alte Geschichte, wie die nationalistische Reaktion der Albaner darauf. Ihre akute Brisanz erhalten beide allein dadurch, daß die wirklichen Mächte in der Weltpolitik sich gerade jetzt ihrer in je verschiedener Weise bedienen, um für die unter ihnen selbst sich auftunenden Konflikte Punkte zu machen. Und der hier auf absehbare Zeit entscheidende Konflikt, dessen furchtbare Sprengkraft sich erst in der Zukunft enthüllen wird, ist der zwischen einer immer noch glo-

bal dominierenden Dollarnation auf der einen und der führenden Euronation auf der anderen Seite. Letzterer bleibt nämlich gar nichts anderes übrig, als die ganze der Dollarhegemonie zugrunde liegende gegenwärtige Weltordnung in Frage zu stellen, will sie nicht mit dem ehrgeizigen Projekt, eine zweite, mit dem Dollar konkurrierende Weltwährung zu etablieren, fürchterlichen Schiffbruch erleiden.

Diese Runde auf dem Balkan ist an die USA gegangen, aber das gefährliche Spiel dort natürlich noch lange nicht zu Ende und seine nächste Runde bereits eingeläutet. Gleich am Tag nach der zwischen Milošević und Holbrooke erzielten Einigung hat das Zentralorgan der deutschen Bourgeoisie die Richtung gewiesen, in der von deutscher Seite gegen die Verständigung zwischen Milošević und der NATO intrigiert werden wird. Nachdem der Kommentator der FAZ die von Holbrooke ausgehandelte Vereinbarung zunächst als feige Kapitulation des Westens und Sieg auf ganzer Linie für Milošević charakterisiert hat, schreibt er zum Schluß: „Holbrooke erinnert an die vielen gebrochenen Zusagen des Belgrader Herrschers. Dem kommt es auf eine mehr nicht an. Dem Westen etwa eines Tages ebensowenig?“ (FAZ, 14.10.98)

Eines von dreien: Entweder Milošević hat wirklich erreicht, was er wollte, dann hätte er keinen Grund, eine Vereinbarung, die ihm bloß den westlichen Segen dazu gibt, zu brechen. Oder Milošević bleiben wirklich Gründe zum Wortbruch, dann hat er aber das Wort offenbar nicht aus freien Stücken gegeben, sondern sich damit höherer Gewalt vorläufig gebeugt. Oder schließlich: weder noch. Weder sind die bürgerlichen Herrschaften hierzulande deshalb über den Ausgang dieser Runde frustriert, weil die etwa an Milošević gegangen wäre, noch wird es ein wirklicher Wortbruch Miloševićs sein, der ihre künftige Obstruktion gegen den ausgehandelten status quo im Kosovo und auf dem Balkan motiviert. Vielmehr ist es aus ihrer Sicht offenbar der „Westen“ selbst, der „eines Tages“ gehörig aufgemischt werden muß.

An dieser Grundrichtung der deutschen Außenpolitik ist irgendeine Veränderung durch den Regierungswechsel am aller wenigsten zu erwarten. Die vor allem von einigen Grünen vorsichtig lancierte Frage nach der Legitimation eines NATO-Schlages durch ein UNO-Mandat hatte weder prinzipielle Bedeutung, noch berührt sie den Kern jener sogenannten „Kontinuität“, in welche sich die künftige, rot-grüne Außenpolitik erklärtermaßen stellen wird; oder vielmehr berührt sie ihn allenfalls negativ: signalisiert jene deutsche Distanz zu den Interessen, in deren Dienst das NATO-Unternehmen derzeit eingespannt ist. Gerade die Grünen werden aber an der vordersten Frontlinie stehen, wenn es darum geht, unter Berufung auf Menschenrechte und nationale Selbstbestimmung der Kosovo-Albaner erneut von deutscher Seite den status quo auf dem Balkan militant in Frage zu stellen.

DD, Kiel 23.10.98

(erschieden in konkret 12/1998)

---

<sup>4</sup> BAHAMAS a.a.O.